

Interreligiöse Spannungen in Süd- und Südostasien

Wachsende Spannungen zwischen der buddhistischen Mehrheit und den muslimischen Minderheiten bedrohen Frieden und Sicherheit in Myanmar, Sri Lanka und Thailand. Die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit bietet keine ausreichende Lösung. Vielmehr ist ein grundlegendes Verständnis der buddhistisch-nationalistischen Diskurse notwendig, um die Koexistenz der Religionen zu verbessern.

Von Sabina Stein

2007 protestierten in Myanmar Tausende buddhistische Mönche friedlich gegen das Militärregime. Während der «Safran-Revolution» – benannt nach den Farben der Mönchsroben – wurden zahlreiche Mönche vom Militär erschossen. Die Bilder, die heute aus Myanmar zu sehen sind, zeigen ein ganz anderes Bild. Im gesamten Land führen Mönche pro-buddhistische Demonstrationen an, die Berichten zufolge gegen die muslimischen Minderheiten im Land gerichtet sind.

Die interreligiösen Spannungen wuchsen auch anderswo in der Region. In Sri Lanka wurden ähnliche Kampagnen durch von Mönchen geführte Gruppen organisiert, darunter auch die buddhistische Organisation Bodu Bala Sena (BBS = Buddhist Power Force). Es fanden Protestkundgebungen statt gegen den Bau von Moscheen und Kirchen und gegen die Zertifizierung von Halal-Lebensmitteln. Im Süden Thailands, wo seit einem Jahrhundert ein Konflikt mit malaiisch-muslimischen Rebellen schwelt, wurden ebenfalls Mönche in den Konflikt verwickelt. Dort zog das Militär in Tempelanlagen ein und es entstanden Gerüchte über «Soldatenmönche».

Diese Entwicklungen sind ein vermeintlicher Widerspruch zum obersten Gebot des Buddhismus, das das Töten jedweden Lebewesens untersagt. Die Ereignisse weisen



Unruhen zwischen Buddhisten und Muslimen in Meiktila in Myanmar eskalierten zu Kämpfen, bei denen über 40 Menschen getötet wurden und eine Moschee niederbrannte. *Soe Zeya Tun / Reuters*

zudem auf eine wachsende Kluft zwischen Buddhisten und Muslimen in den weltweit bevölkerungsreichsten Theravada-Ländern hin (siehe Box auf S. 2). Um das Ausmass dieser Entwicklungen zu erfassen, ist ein Rückblick auf die historische Bedeutung des Buddhismus notwendig, gerade auch für die Legitimierung der politischen Ordnung. Von grosser Bedeutung sind aber auch die nationalistischen Diskurse innerhalb des Buddhismus. Vertreter dieser Kreise fordern, dass der Staat der (bud-

dhistischen) Mehrheitsethnie gehören soll. Nur wenn dieser Diskurs verstanden wird, lassen sich konstruktive Lösungen für die zunehmenden interreligiösen Spannungen in Süd- und Südostasien finden.

Verteidigung von Religion und Nation

Vor der Ausbreitung der europäischen Kolonialmächte in Süd- und Südostasien im 19. Jahrhundert fungierte der Theravada-Buddhismus in Teilen von Thailand, Myanmar und Sri Lanka als Ordnungsprinzip

Theravada-Buddhismus

Der Buddhismus umfasst verschiedene Schulen, die alle auf die Lehren von Gautama Buddha zurückgehen. Beim Theravada-Buddhismus handelt es sich um die ältere der beiden führenden Traditionen. Der Begriff «Theravada» bedeutet wörtlich übersetzt **«Lehre der Älteren»**. Der Theravada-Buddhismus, dessen Ursprünge eng mit der Geschichte Sri Lankas verknüpft sind, ist auch unter dem Begriff «Südlicher Buddhismus» bekannt. Die 150 Millionen Anhänger dieses Glaubens leben mehrheitlich in Sri Lanka, Myanmar, Kambodscha, Laos und Thailand. Der **Mahayana-Buddhismus** hingegen, die zweite und verbreitetere Lehre der beiden Hauptrichtungen, wird vorwiegend in Ostasien praktiziert, etwa in China, Japan, Korea und in Tibet.

in vormodernen Staaten. Die Legitimität dieser monarchischen Staaten beruhte auf der Lehre des Buddha (Dharma) und der Achtung der buddhistischen Mönchsgemeinschaft. Die Monarchen hatten demzufolge ein starkes Interesse, die Mönche materiell und politisch zu unterstützen, und traten als Verteidiger und Förderer des Buddhismus auf. Es entstand ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis, bei dem die Bedrohungen für den Buddhismus eine Bedrohung für den Staat darstellten und umgekehrt.

Der europäische Kolonialismus beendete die jahrhundertelange Herrschaft der buddhistischen Könige in Sri Lanka und Myanmar und schwächte damit den politischen Einfluss der singhalesischen und burmesischen Mönchsgemeinden. Nachdem der Staat als traditioneller Hüter des Buddhismus nicht mehr existierte, übernahmen Teile der Mönchsgemeinde diese Aufgabe und verteidigten den Buddhismus gegen die Fremdherrschaft. In der Folge engagierten sich Teile der Mönchsgemeinschaft in Myanmar und Sri Lanka stärker politisch. Um die Wende zum 20. Jahrhundert wurden sie zu den Akteuren, die den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft anführten. Das durch die westliche Kultur eingeführte Gedankengut des Nationalismus verstärkte diesen Veränderungsprozess.

Aufgrund der historischen Hintergründe wurde der Buddhismus zu einem Kernelement des nationalistischen Selbstverständnisses: Ausschlaggebend hierfür waren die

Rolle des Buddhismus als Legitimation für die staatliche Autorität und die integrative Funktion des Buddhismus in den vorkolonialen burmesischen und singhalesischen Gesellschaften als Hüter von Kultur, Sprache, Recht und Bildung. Thailand – damals das Königreich Siam – wurde übrigens im Gegensatz zu Myanmar und Sri Lanka niemals kolonialisiert. Die Mönche sahen deshalb keine Notwendigkeit, den Staat als Hüter des Buddhismus zu ersetzen. Dennoch stellte der koloniale Eingriff in das regionale Gefüge eine Herausforderung für die religiöse Legitimation des Königreiches dar. Um die Souveränität des Reiches in einem regionalen System von Nationalstaaten sicherzustellen, befanden die herrschenden Eliten es für notwendig, eine moderne «thailändische» Nation auf den Grundpfeilern der buddhistischen Identität zu erschaffen.

Die Entstehung des modernen buddhistischen Nationalismus erweiterte die traditionelle Beziehung von Staat und Buddhismus um eine dritte und mächtige Dimension: die Nation. Die Bedrohungen für Staat, Religion und Nation standen von nun an in Wechselbeziehung zueinander. Nach dem Ende des Kolonialismus verteidigten Teile der Mönchsgemeinde den Buddhismus in der Bevölkerung gegen neue Bedrohungen wie Kommunismus oder nicht-buddhistische Elemente.

Diese Entwicklungen traten insbesondere in Sri Lanka und Myanmar auf, wo die traditionelle Monarchie nicht wiederhergestellt wurde. In diesen Ländern verselbständigte sich die Rolle der Mönche als energische Verteidiger von Nation und Religion. Diese übten Druck auf die neuen, unabhängigen Staaten aus und forderten, den Buddhismus zu schützen und bestenfalls als Staatsreligion zu etablieren. Diese

Die politisch aktiven Mönche lehnten es ab, den nicht-buddhistischen Minderheiten religiösen Schutz zu gewähren.

politisch aktiven Mönche lehnten es im Gegenzug ab, den nicht-buddhistischen Minderheiten religiösen Schutz zu gewähren. Die politischen Strömungen führten zu staatlichen Politiken, die als ausgrenzend und diskriminierend gegenüber religiösen Minderheiten kritisiert wurden. Die Identifizierung des Staates mit dem Buddhismus verstärkte zudem die politische,

wirtschaftliche, militärische und kulturelle Vorherrschaft der burmesischen und singhalesischen ethnischen Mehrheiten sowohl in Myanmar als auch in Sri Lanka. Ähnliches galt für Thailand, wenngleich die Mönche hier keine so prägende Rolle spielten. Dennoch trug der Buddhismus grundlegend dazu bei, die staatliche Souveränität zu fördern.

In allen drei Staaten gilt die von buddhistischen Mehrheiten vorgenommene enge Verknüpfung von Buddhismus und Nationalstaat als Auslöser für zahlreiche separatistische Konflikte: im Süden Thailands, im Norden und Nordosten Sri Lankas und in zahlreichen Grenzregionen Myanmars. Kommunale Ausschreitungen sind mittlerweile auch in Sri Lanka und Myanmar an der Tagesordnung, wobei in Sri Lanka vorwiegend hinduistische Tamilen und in Myanmar indische Muslime betroffen sind.

Gegenwärtige Spannungen

Die Beziehungen zwischen Buddhisten und Anhängern religiöser Minderheiten sind in Thailand grundsätzlich positiv. Die drei südlichsten Provinzen des Landes leiden seit über einem Jahrhundert unter Konflikten zwischen dem Zentralstaat und der malaiisch-muslimischen Minderheit, die jedoch eine lokale Mehrheit bildet. Nach der Angliederung von Territorien des Sultanats von Pattani an Thailand 1909 versuchte Bangkok, seine Souveränität über das Gebiet durch eine starke Präsenz thailändischer Buddhisten und eine deutliche buddhistische Identität zu untermauern. Die malaiischen Muslime haben darauf bis heute sowohl mit friedlichem als auch mit gewaltsamem Widerstand reagiert.

Eine erneute Gewaltspirale begann 2004, als malaiische Aufständische begannen, vermehrt thailändisch-buddhistische Zivilisten anzugreifen. Zielscheibe waren vor allem Lehrer und Mönche, gesellschaftliche Gruppen, die wie keine anderen den thailändischen Staat repräsentieren. Das Töten von Mönchen hat den Eindruck eines religiösen Konflikts verschärft. Bei zahlreichen Mönchen im Süden Thailands hat der Konflikt zu einem noch energischeren Auftreten im Namen des Buddhismus und der thailändischen Nation geführt. Teilen der Mönchsgemeinde wurde vorgeworfen, einen anti-muslimischen Diskurs anzukurbeln und unter den Buddhisten Gerüchte über geplante religiöse Säuberungen durch muslimische Akteure zu verbreiten. Die militärische Präsenz rund um die buddhistischen Tempelanlagen und der Begleitschutz für Mönche haben unter den

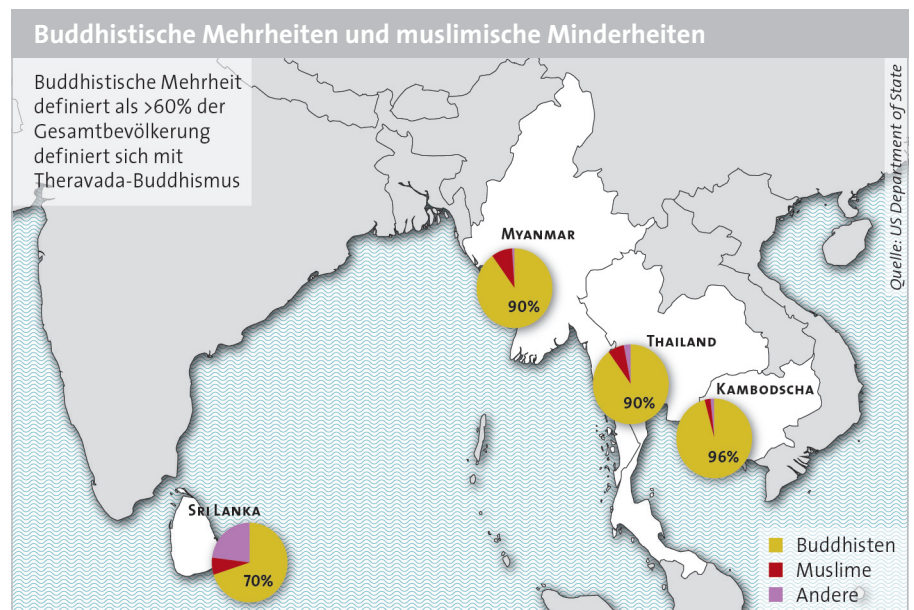
malaiischen Muslimen hingegen den Eindruck verstärkt, der Staat sei lediglich auf den Schutz der Buddhisten bedacht.

In Sri Lanka hatten es viele buddhistischen Mönche während des jahrzehntelangen Bürgerkriegs kategorisch abgelehnt, der Minderheit der hinduistischen Tamilen territoriale und kulturelle Autonomie einzuräumen. Ihr Widerstand wurde in den 1980er- und 1990er-Jahren nach Angriffen durch die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) auf heilige buddhistische Stätten verstärkt. In jüngster Zeit ist es zwischen den politischen Anhängern des Buddhismus und den muslimischen und christlichen Minderheiten des Landes zu Auseinandersetzungen gekommen. Die Anfeindungen richteten sich dabei in erster Linie gegen die muslimische Minderheit, die etwa einen Anteil von 7% an der Bevölkerung ausmacht. Dies mag überraschen, da die Muslime in Sri Lanka grundsätzlich als kleine, gut integrierte Minderheit gelten. Organisationen wie die BBS und die Jathika Hela Urumaya (JHU) behaupten jedoch, die Muslime seien eine

Viele Buddhisten sehen als Angehörige einer eindeutigen Mehrheit dennoch ihre Religion bedroht.

Bedrohung für den Buddhismus in Sri Lanka. Die von Mönchen geführte BBS hat Protestkundgebungen organisiert und zum Boykott gegen muslimische Unternehmen aufgerufen. Im März 2013 konnte die Gruppe erfolgreich ein Verbot der Halal-Zertifizierung durchsetzen. Seit 2012 gibt es zunehmend auch Angriffe auf Moscheen und muslimisch geführte Unternehmen. Es gibt Behauptungen, die BBS werden von höchsten Regierungskreisen unterstützt.

Das Ausmass antimuslimischer Gewalt in Sri Lanka ist jedoch nicht vergleichbar mit den Ausschreitungen in Myanmar. 2012 brachen im Landesteil Rakhine gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen buddhistischen Rakhine und muslimischen Rohingya aus. Die Rohingya sind eine staatenlose Minderheit, die von der Zentralregierung und der lokalen Rakhine-Mehrheit als illegale Einwanderer angesehen werden. Die Ausschreitungen, bei denen etwa 200 Menschen starben und 140'000 vertrieben wurden, gelten als interethnischer, nicht als interreligiöser Konflikt. Seit diesen Ereignissen breitet sich die Gewalt zwischen den



Buddhisten und den muslimischen Gemeinschaften jedoch über das gesamte Land aus. Berichten zufolge verbreitet die Bewegung «969», angeführt vom burmesischen Mönch Ashin Wirathu, Gerüchte über mutmassliche Pläne der Muslime, die Vorherrschaft im Land zu übernehmen, und ruft mit Erfolg zum Boykott muslimischer Unternehmen auf. Die Regierung bezog nicht eindeutig Stellung und erntete für ihre verhaltene Reaktion auf die Ausschreitungen internationale Kritik. Angesichts der für 2015 anstehenden Parlamentswahlen wird der Handlungsspielraum der politischen Eliten jedoch auch in Zukunft begrenzt bleiben.

Der Untergang von Nalanda

Die andauernden interreligiösen Spannungen in allen drei Ländern beruhen auf der Wahrnehmung der muslimischen Gemeinschaften als einer Bedrohung. Diese Dynamik führt zu regionalen Debatten, in denen der Islam als expansionistische Kraft auf buddhistischem Territorium dargestellt wird. In diesen Diskursen schwingen historische Missstände mit, die ins 12. Jahrhundert zurückreichen, als der Islam in Süd- und Südostasien auf dem Vormarsch war. Die Zerstörung des antiken buddhistischen Lehrzentrums Nalanda (im heutigen Indien) 1193 durch das turkstämmische Militär ist immer noch lebhaft im kollektiven Gedächtnis vieler Buddhisten verankert. Die vermeintliche Verdrängung des Buddhismus hat bei Teilen der buddhisti-

schen Gemeinschaft in Süd- und Südostasien den Eindruck erweckt, sie seien zu einer Minderheit in der Grossregion geworden. Viele Buddhisten sehen als Angehörige einer eindeutigen Mehrheit dennoch ihre Religion und ihren Staat bedroht. Am augenscheinlichsten ist dies in Sri Lanka, der Insel, die von singhalesischen Nationalisten häufig als letzte buddhistische Hochburg oder als «Träne» auf dem indischen Subkontinent bezeichnet wird.

Gerüchte über islamische Verschwörungen zur Übernahme des Landes – durch die Heirat buddhistischer Frauen oder das rasche Bevölkerungswachstum – wühlen tief sitzende Ängste auf. Vor diesem Hintergrund sind die jüngst von burmesischen Mönchen geäusserten Vorschläge besser zu verstehen, ein Verbot interkonfessioneller Ehen einzuführen und die Grösse der Rohingya-Familien in Rakhine zu begrenzen. Muslimfeindliche Debatten fallen insbesondere in den Gesellschaften auf fruchtbaren Boden, in denen Muslime vermeintlichen oder tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg haben. In der burmesischen Stadt Meiktila, in der es im März 2013 zu gewaltsamen Ausschreitungen kam, gehören Berichten zufolge drei Viertel der Juweliergeschäfte muslimischen Inhabern. Indes stellen die Buddhisten im Süden Thailands eine eindeutige demografische Minderheit dar, welche die Hauptlast der aufständischen Gewalt zu spüren bekam.

Die Gewaltspiralen in allen drei Ländern beeinflussen und verstärken sich gegensei-

Schweizer Unterstützung für die religiöse Koexistenz in der Region

Zwischen 2006 und 2011 unterhielt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) im Rahmen des Projekts «**Sri Lanka Dialogue Project**» den «Religion Politics Conflict»-Desk. Führende Köpfe der sri-lankischen Mönchsgemeinde beteiligten sich an dem Gespräch und diskutierten über ihre Hoffnungen und Ängste bezüglich der Zukunft des Landes. Verfolgt wurde das Ziel, buddhistische Führer mit Mitgliedern der muslimischen und tamilischen Gemeinschaft zusammenzubringen und potenzielle Lösungen für den Bürgerkrieg zu erörtern. Das Projekt wurde 2011 eingestellt. Die Schweiz ist im Rahmen der **Friedensförderung** jedoch weiterhin bemüht, in Sri Lanka, Thailand und Myanmar Antworten auf die Frage nach der Rolle der Religion zu finden.

tig. Flugblätter der BBS in Sri Lanka prangern zum Beispiel die muslimische Gewalt gegen Buddhisten und heilige buddhistische Stätten in Myanmar, Thailand und Bangladesch an. Im Sommer 2013 zensurierte die Regierung Sri Lankas eine Ausgabe des «Time Magazine» aufgrund der Titelgeschichte über Myanmar, «The Face of Buddhist Terror». Sri Lankas Mönchtum, das innerhalb des Theravada-Buddhismus als am reinsten gilt, spielt eine besondere Rolle bei der Legitimierung und Förderung dieser Debatten.

Die internationalen Diskussionen über den «Krieg gegen den Terror», in denen Muslime als bedrohliche Extremisten dargestellt werden, haben die Ängste vor einem Übergriff des Islam zusätzlich verschärft. Mehrfach wurde von Kommentatoren auf Versuche der thailändischen Regierung hingewiesen, die malaiischen Muslime als Teil der globalen und regionalen *Dschihad*-Organisationen zu diffamieren. Inzwischen zeigt diese Verleumdung bei vielen thailändischen Buddhisten Wirkung.

Ein regionales Problem

Die Dynamik in Myanmar, Sri Lanka und Thailand zeigt, dass sich die Fronten zwischen Buddhisten und Muslimen in der Region weiter verhärten. Benachbarte Staaten mit muslimischer Mehrheit haben Naypyidaw und Colombo scharf für die gewaltsamen Übergriffe auf Muslime kritisiert. Buddhistische Arbeitsmigranten aus Myanmar wurden in Malaysia angegriffen ebenso wie buddhistischen Rakhine in Bangladesch. Darüber hinaus gab es Anschläge in Indonesien und Indien, die gewaltbereiten muslimischen Gruppen zugeschrieben und als Vergeltungsmassnahmen

für Anschläge auf Muslime in buddhistisch geprägten Ländern interpretiert wurden. Diese Vorfälle sind ein Indikator für die sich verhärtenden Fronten zwischen Buddhisten und Muslimen und für den Anstieg der Gewalt in der gesamten Region. Dennoch darf die Prognose nicht zu düster ausfallen. Bemerkenswert ist beispielsweise, dass die malaiischen Aufständischen im Süden Thailands sich stets von den internationalen *Dschihad*-Organisationen distanziert haben.

Antworten auf die Spannungen

Die interreligiösen Spannungen in der Region dürfen nicht ignoriert werden. Einheimische und internationale Beobachter haben für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Sicherheit plädiert. Diese Massnahmen reichen jedoch nicht aus. Auf lokaler und nationaler Ebene sind bereits zahlreiche Anstrengungen unternommen

Eine kleine Gruppe nationalistischer Mönche wird die Diskussion über die Beziehungen zwischen Mehr- und Minderheiten dominieren.

worden, um die Situation zu verbessern, etwa von engagierten buddhistischen und muslimischen Religionsführern. Zu diesen Massnahmen, die zum Teil von internationalen friedenspolitischen Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, zählen interreligiöse Dialoge und glaubensübergreifende Aktivitäten, aber auch die Fort- und Weiterbildung religiöser Führer – darunter auch Mönche – in Fragen der Konfliktprävention und -bewältigung. Die

Reichweite dieser Initiativen ist jedoch beschränkt, da viele der Mönche ein politisches Engagement grundsätzlich ablehnen. Die unpolitischen Mönche – und damit die Mehrheit der Mönchsgemeinschaft in Süd- und Südostasien betrachtet ein politisches Engagement als religiöses Fehlverhalten, insbesondere dann, wenn Gewalt eine Rolle spielt. Daraus folgt, dass eine kleine, aber deutlich hörbare Gruppe nationalistischer Mönche auch in Zukunft die nationale und lokale Diskussion über die Beziehungen zwischen Mehr- und Minderheiten dominieren wird.

Auf internationaler Ebene hat das «Internationale Netzwerk engagierter Buddhisten» 2013 in Kuala Lumpur eine grosse, interreligiöse Konferenz zur Gewalt in der Region abgehalten. International bekannte Buddhisten wie der Dalai Lama haben die Angriffe öffentlich verurteilt. Die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) hat die betroffenen Regierungen dazu aufgerufen, die Gewalt gegen Muslime zu beenden. Internationale Menschenrechtsorganisationen haben ebenfalls ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, wenn gleich diese Äusserungen häufig als öffentliche Anklage verstanden wurden. Die allgemeine Entrüstung über den Bericht des «Time Magazine» hat zudem gezeigt: Derartige Verurteilungen von Aussenstehenden bestärken viele süd- und südasiatische Buddhisten in ihrer Wahrnehmung,

von der Aussenwelt verleumdet und missverstanden zu werden. Vielversprechender scheint es, den Dialog mit den Vertretern des buddhistischen Nationalismus aufzunehmen, um ihre Bedenken zu verstehen und ihre Befürchtungen ernst zu nehmen. Nur durch gemeinsamen

Austausch können dauerhafte Lösungen zur Beendigung der interreligiösen Gewalt in Süd- und Südostasien gefunden werden.

Sabina Stein ist Researcher im Mediation Support Team am CSS und Program Officer im CSS-Projekt «Culture and Religion in Mediation» (CARIM).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Übersetzung: Good Terms; Lektorat: Sarah Schumacher
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/publications/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

Freier Handel zwischen Schweiz und China Nr. 147
Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa Nr. 146
Die Weiterverbreitung fortgeschrittener Waffensysteme Nr. 145
Die Kerry-Initiative: Hoffnung auf ein Nahost-Abkommen? Nr. 144
Vor dem EU-Gipfel zur Verteidigungspolitik Nr. 143
Das Konzept der Resilienz: Gegenwart und Zukunft Nr. 142